

03.05.2012 | 1 Kommentar



INTEGRATION

## Die Partizipation erleichtern

**Mit einem Modellprojekt will Berlin europäisches Vorbild im Umgang mit Roma werden.**

VON ALKE WIERTH

Regelrecht euphorisch beschreibt Bosiljka Schedlich das Umdenken in der Berliner Politik, das einen Neuanfang im Umgang mit den Roma möglich macht (s. *Interview*). Mit dem Modellprojekt „Maßnahmen zur Stärkung der Roma-Community in Berlin“, das kürzlich auf einer Tagung in der Werkstatt der Kulturen vorgestellt wurde, soll dieses Umdenken auch praktisch sichtbar werden.

Vor drei Jahren noch zahlte der Senat Roma aus Rumänien und Bulgarien dafür Geld, dass sie Berlin wieder verlassen. Nun will das Land mit dem Modellprojekt europaweites Vorbild für den Umgang mit der Minderheit werden. Der Verein Südost Europa Kultur ist Träger und Koordinator des Projekts, sieben weitere Vereine und Institutionen sind beteiligt. Zu deren Angeboten gehören neben Deutschkursen oder Alphabetisierung in Romanes vor allem Maßnahmen, die gesellschaftliche Partizipation der Neu-BerlinerInnen erleichtern sollen, die seit mehreren Jahren, seit der Öffnung weiterer innereuropäischer Grenzen vor allem aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland kommen. Auch die Berliner Roma-Selbstorganisation Amaro Foro ist deshalb neben sozialen Trägern und mehreren Volkshochschulen beteiligt.

Wie viele Roma sich in den vergangenen drei Jahren tatsächlich in Berlin niedergelassen zu haben, ist schwer zu ermitteln: Die Behörden erfassen Staatsangehörigkeiten, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer Minderheit. Dass unter den 1.400 Kindern ohne Deutschkenntnisse, die im laufenden Schuljahr an Berlins Schulen angemeldet wurden, viele aus Rumänien und Bulgarien sind, lässt nur die Vermutung zu, dass es sich um Roma handelt – und dass die Familien hier bleiben wollen.

Gleich drei Senatsverwaltungen sind an dem Modellprojekt beteiligt: neben der für Integration auch die für Bildung und Stadtentwicklung. Finanziert wird es mit einer halben Million Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die Berlin mit ebenso viel eigenen Mitteln aus Landes- und Bezirkshaushalten aufstocken muss. Über deren Aufteilung wird noch verhandelt.

Mit dem Modellprojekt solle Berlin „Vorbild als europäische Integrationsmetropole“ werden, sagte Farhad Dilmaghani, SPD-Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Integration, bei der Projektvorstellung. Im Kern, so Dilmaghani, gehe es um die Frage: „Wie europäisch, wie offen, wie demokratisch will unsere Gesellschaft sein?“